

Politische Aufgaben und Leistungen der Massenmedien

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die Ölpreiserhöhung der letzten OPEC-Konferenz, der Unfall im Kernkraftwerk Harrisburgh, aber auch der Absturz einer Passagiermaschine in Afrika, die Haltung der französischen Regierung zum europäischen Agrarmarkt, die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag, die Explosion einer Gasleitung in der benachbarten Wohngemeinde – dies alles sind Themen, von denen wir betroffen sind, aus denen sich Folgen für uns ergeben können, die unsere Einstellungen und Handlungen in komplexen Zusammenhängen wie Entspannungspolitik, Energieversorgung, zukünftige private Investitionen, Wahlabsichten bestärken oder verändern können. Die Massenkommunikation bringt uns diese Themen zur Kenntnis, die für uns ohne diese Kenntnis nicht Wirklichkeit sein würden. Die Gesamtheit der Themen weltweiter, regionaler und lokaler Massenkommunikation erzeugt die Annahme der Beteiligung und – wenn auch in unterschiedlichem Maß – Betroffenheit aller durch einen gemeinsamen Ausschnitt aus der Wirklichkeit.

Aus einer unendlichen Vielfalt von Ereignissen, Entwicklungen und Ideen werden von den Massenmedien einige wenige ausgewählt, thematisiert und so der Öffentlichkeit als präformierende Elemente übergeben. Die Reduktion der Komplexität als gesellschaftliche Generalfunktion der Massenmedien leistet die Herstellung einer fiktiven Wirklichkeit, die dennoch real wird, weil sie gemeinsam ist und Handlungsentwürfe begründet, indem sie Überschaubarkeit vermittelt. Öffentlichkeit als Konstruktion kommunikativer Gemeinsamkeit und als Struktur von Themen hat für die Politik in modernen Großgesellschaften elementare Bedeutung. Die durch Massenkommunikation hergestellte Öffentlichkeit verwebt sich mit den Prozessen politischer Entscheidung, indem sie Themen vorgibt und Aufmerksamkeit unter sie aufteilt und damit auch unterschiedliche Bedeutsamkeit vorschlägt.

Die politische Generalfunktion der Massenkommunikation ist so in der Herstellung von Öffentlichkeit zu erkennen. Die komplexe Umwelt wird für die politisch Handelnden wie auch für alle Teilnehmer am politischen Prozeß überschaubarer gemacht. Gemeinsamkeiten werden herausgearbeitet und Beteiligung ermöglicht. Dies leisten die Massenmedien zunächst organisatorisch, indem sie mit den technischen Apparaten von Presse und elektronischen Massenkommunikationsmitteln jede politische, soziale, kulturelle und lokale Distanz überbrücken können. Die Netze unmittelbarer Kommunikation werden ver-

woben mit dem breiten Überbau des Massenkommunikationssystems, und so wird ein feingeädertes Netz von Kanälen geschaffen, in dem eine Reihe von Instanzen wie Massenkommunikationszentren, politische Institutionen, aber auch Intensiv-Rezipienten als Verteilersystem fungieren. Das über die gesamte Gesellschaft gelegte Massenkommunikationsnetz schafft die technischen Voraussetzungen dafür, daß die vielfältigen Gruppen der Gesellschaft mit- und untereinander kommunizieren können und dies auch zwischen den Gesellschaften möglich wird.

Diese Generalfunktion der Massenkommunikationsmittel soll im folgenden in fünf politisch relevante Funktionen differenziert werden. Die hier vorgeschlagene Typologie der Funktionen für die Massenkommunikation ist an parlamentarisch-demokratisch verfaßten Großgesellschaften orientiert, ihr wird eine parallel gefaßte Typologie medialer Funktionen für totalitäre Systeme gegenübergestellt, Funktionstypologien für andere, z. B. autoritäre Systeme, bleiben unberücksichtigt.

Bildung

Die erste Aufgabe der Massenmedien im parlamentarischen System ist ihre Bildungsfunktion. Dies ist keine normative Feststellung, sondern eine systematische. Massenmedien können keinen Ersatz anbieten für eine unzureichende Bildung, sie sind keineswegs in erster Linie ein Anhängsel des Bildungswesens. Aber sie sind fähig und haben es zustande gebracht, daß Kenntnisse und Wissen heute weltweit verfügbar sind. Die Bildungsfunktion der Massenkommunikation beschreibt den permanenten Strom von Kenntnissen, zu dem der Rezipient durch die Massenmedien Zugang erhält. Dazu gehört vor allem die Verbreitung von Neuerungen und Neuigkeiten, die nicht unmittelbar die Politik betreffen müssen. Ihre politische Bedeutung erhält die Bildungsfunktion der Massenmedien dadurch, daß sie den politischen Informationsstand in einer Gesellschaft insgesamt erhöhen und dem einzelnen die Möglichkeit geben, sich im aktuellen Bereich ein politisches Tageswissen zu verschaffen. Durch „Strukturierung und Kategorisierung kann (es) zur ‚Tagesbildung‘ werden“, die Hertha Sturm „als eine von den Massenkommunikationsmitteln hervorgerufene neue und eigene Qualität der menschlichen Kommunikation“¹ bezeichnet.

Damit wird deutlich, daß unter „Bildung“ hier nicht Bildung im Sinn der bürgerlich-humanistischen Tradition verstanden werden kann, sondern als die Fähigkeit, aktuelle Detailinformationen aufzunehmen und entsprechend der sozialen Situation in Zusammenhänge einzuordnen. „Der herkömmliche Anspruch, sich eine eigene Meinung zu bilden, (kann dabei) nicht als Norm, sondern als Optimum des politisch Gebildet-Seins“² verstanden werden. Die poli-

tische Bildungsfunktion der Massenkommunikation verlangt aufgrund dieses reduzierten Anspruchs von dem einzelnen Kommunikator inhaltliche und sprachliche Verständlichkeit seiner Aussagenangebote, um einem möglichst großen Teil des Publikums die Rezeption zu ermöglichen. Hertha Sturm macht darauf aufmerksam, daß zwischen dem schichtenspezifischen Sprachverhalten und der Lernintensität bei der Rezeption ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Sie folgert daraus, daß „Medienerziehung“ zugleich auch Spracheroziehung sein muß, um die Lernintensität zu steigern.

In parlamentarischen Systemen hat die Bildungsfunktion der Medien einen anderen Inhalt als in totalitären Systemen. Das parlamentarische System begründet sich idealtypisch in der Fähigkeit umfassend informierter Bürger, politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, zu bewerten und aktiv – entsprechend ihren Erkenntnissen, Bewertungen und Interessen – daran teilzunehmen. Daraus ergibt sich für die Massenmedien in solchen Systemen, daß sie auch umstrittene Themen auswählen und ihnen Aufmerksamkeit und Bedeutsamkeit zuteilen. Ereignisse, die nur Minderheiten betreffen, Meinungen, die nur Minderheiten interessieren, können so Themen der Massenkommunikation werden.

Entscheidungsprozesse können nur dadurch nachvollziehbar gestaltet werden, indem der Kampf der Meinungen bis zur Entscheidung herausgearbeitet wird und auch die mit dem Mehrheitsprinzip getroffene Entscheidung nicht durch Verschweigen der weiterkämpfenden Minderheitsmeinungen zementiert werden kann. In totalitären Systemen hat die Bildungsfunktion der Massenmedien einen anderen Inhalt. Hier wird den Massenmedien von den Machthabern die Aufgabe zugewiesen, dem Publikum immer wieder die Aussagen der herrschenden Ideologie zu vermitteln, sie als unumstößliche Wahrheiten auszulegen und ihm so die Möglichkeit zu nehmen, die Politik und die ihnen folgenden Entscheidungen zu verstehen.

In beiden Systemen dient die Bildungsfunktion der Massenkommunikation dazu, die von den Massenmedien angebotenen Informationen zu „verstehen“, einmal im Sinn eines Einordnens und Begreifens kontroverser und widersprüchlicher Informationen und Meinungen, das andere Mal im Sinn einer versuchten Immunisierung gegen andere Meinungen und widersprechende Informationen.

Information

Ein ähnlicher Unterschied ist auch bei der zweiten Aufgabe der Massenkommunikation, der Informationsfunktion, aus der Perspektive beider Systeme feststellbar. Komplizierte Großgesellschaften benötigen für ihre Existenz den permanenten Zugang zu Informationen über alle Ereignisse, die für ihre wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung relevant sind. Diese Infor-

mationen sind Nachrichten, Berichte und Kommentare über Ereignisse, Personen, Personengruppen, über Probleme, Wertungen, Pläne und Vorausschätzungen. Die für die Landwirtschaft wichtige Wettervorhersage gehört dazu ebenso wie Nachrichten über Bilanzen, Wahlergebnisse, Verlautbarungen der Regierungs- und Parteisprecher. Politische Information bedeutet die Vermittlung von Nachrichten über alles, was mit politischer Relevanz irgendwo geschieht, was von wem geäußert, geplant und gedacht wird.

Über das, was politisch relevant und so für die Übermittlung durch die Massenmedien geeignet ist, entscheiden in den Massenkommunikationssystemen einer parlamentarischen Demokratie eine Vielzahl von Institutionen und Personen und zwar nach unterschiedlichen und oft kontroversen Gesichtspunkten. Ein Politiker gibt eine Presseerklärung heraus. Ob sie veröffentlicht wird und welche Bedeutung ihr beigemessen wird, entscheidet zunächst einmal der diensthabende Redakteur der Nachrichtenagentur. Dessen Entscheidung kann unterlaufen werden durch andere Entscheidungen von Korrespondenten oder Nachrichtenredakteuren in den zentralen Redaktionen. Sie können die Presseerklärung anders bewerten, sie können sie ganz verschweigen oder ihr eine größere Bedeutung beimessen, indem sie sie prominent plazieren. Diese Veröffentlichung wiederum kann die Gegenstellungnahme eines anderen Politikers oder eines Verbands zur Folge haben, die einer ähnlichen Selektionsprozedur unterzogen wird.

Anders sehen die Entscheidungsstrukturen in den Massenmedien totalitärer Systeme aus. Ob und wie eine dem Kommunikator zur Verfügung stehende Information von den Medien transportiert wird, hängt von ideologischen Bewertungen der Information ab. Die ideologische Bewertung wird vorgenommen durch wenige Institutionen und Personen, die Entscheidungsgewalt übertragen bekamen. Jede Information, die die staatliche Nachrichtenagentur sendet, kann in den Massenkommunikationsprozeß eingespeist werden. Alle anderen Informationen und Meinungen, die nicht den Genehmigungsstempel des staatlichen Informationsmonopols erhielten, sind zunächst in ihrer ideologischen Eignung anzuzweifeln und können bestenfalls nach einer rigorosen Überprüfung mit entsprechender Begründung oder mitgelieferten – ideologisch „sauberen“ – Kommentierung von den Massenmedien benutzt werden. Das totalitäre Informationsmonopol soll dafür sorgen, daß jede von den Massenmedien transportierte Information die Macht der herrschenden Ideologie stärkt, zumindest sie aber nicht schwächt. Ergebnis dieser Informationspolitik ist eine nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommene Verfälschung der Wirklichkeit.

Komplizierter und weniger eindeutig sind die Prozesse der Informationsvermittlung durch Massenmedien in parlamentarischen Systemen. „Vollständig, objektiv und verständlich“ wird das Informationsangebot der Medien auch hier bestenfalls im Sinn der normativen Anforderungen von Rudolf Wilde-

mann und Werner Kaltefleiter³ sein können, indem diese Anforderungen nur auf die Gesamtheit der Kommunikationsmittel, nicht aber an jedes einzelne gerichtet werden. Diese Generalisierung ist durchaus zulässig, weil der Rezipient in der Regel sich nicht von einem einzigen Massenkommunikationsmittel informieren läßt, sondern von mehreren. Zwar spricht die Informationsquelle für die Glaubwürdigkeit der Information in der Phase der Rezeption eine wichtige Rolle, sie verliert jedoch in der postkommunikativen Phase an Bedeutung. Dem Fernsehen wird deutlich eine besondere Glaubwürdigkeit bei Informationen beigemessen. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die Information häufig mit Bildern und Filmmaterial unterlegt wird, deren „Objektivität“ im Sinn einer Nicht-Manipulierbarkeit scheinbar evident ist. Ein stärkeres soziales Prestige hingegen haben Zeitungen, vor allem nationale Leit-Zeitungen, die im Prozeß der Vermittlung von Erstinformationen über wichtige Ereignisse eine geringe Rolle spielen. Ein Vergleich der Verbreitungsprozesse von Erstinformationen über wichtige und unwichtige Ereignisse hat folgende Ergebnisse⁴:

1. Je bedeutender ein Ereignis, desto höher liegt die Rate und der Umfang der Verbreitung.

2. Je höher die Rate und der Umfang der Verbreitung, desto weniger Menschen erfahren die Neuigkeit durch die Zeitung, desto mehr erhalten die Nachricht durch interpersonale Kontakte.

3. Je bedeutender das Ereignis, desto mehr hören durch interpersonale Kontakte davon.

4. Je größer die Gruppe, die das Ereignis durch interpersonale Kontakte erfährt, desto kleiner ist die Gruppe, die durch die Zeitung informiert wird.

5. Je größer die Gruppe, die die Nachricht durch das Fernsehen erfährt, desto kleiner ist die Gruppe, die die Neuigkeit aus dem Radio hört.

Politisch problematisch ist Abhängigkeit der Informationsvermittler von den Informanten, den politischen Gruppierungen wie Regierung, Parteien, Fraktionen, Verbände und Organisationen. Sie alle verfügen über Sprecher und „Öffentlichkeitsarbeiter“, die die Aufgabe haben, das Image ihrer Gruppierungen und ihrer führenden Persönlichkeiten möglichst günstig zu gestalten. Denn von diesem Image – so wird angenommen – hängt die politische Wirksamkeit ihrer Gruppierung ab. Bei den politischen Gruppierungen kommt der erhoffte Werbe-Effekt bei den Wahlen, bei anderen Organisationen der Werbe-Effekt für die organisationsinterne Bestätigung einzelner Persönlichkeiten hinzu. Dies alles verlangt eine größtmögliche Zustimmung beim Publikum und führt dazu, daß von den Informanten an die Informationsvermittler in der Regel nur Informationen über Ereignisse und Pläne weitergegeben werden, von denen sie meinen, daß sie ihrer Gruppierung nützlich sind.

Nun erlaubt es den Massenmedien die Konkurrenz der Gruppierungen wie Regierung und Opposition, Parteien und Sozialpartner, aber auch rivalisieren-

der Gruppen innerhalb der einzelnen Gruppierung, an zurückgehaltene Informationen aus den konkurrierenden Lagern heranzukommen und die Betroffenen durch eine Konfrontation mit diesen Informationen zur Stellungnahme zu zwingen. Bei der doppelten Voraussetzung einer Konkurrenz von Gruppierungen und Kommunikatoren bzw. Kommunikator-Zentren kann so eine tendenzielle Vollständigkeit der Informationen durch die Massenkommunikationsmittel in dem Sinn erwartet werden, daß politisch relevante Informationen nicht systematisch aus dem Massenkommunikationsprozeß herausgehalten werden können.

Bei dieser einschränkenden These muß jedoch der Bereich der Information durch die Regierung ausgeschlossen werden. Die Regierung verfügt in bestimmten Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, in vermindertem Umfang auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik über ein begrenztes Informationsmonopol, das durch eine zunehmende Verflechtung auf supranationaler und internationaler Ebene noch stabilisiert werden dürfte. Sie ist in demokratischen Staaten zuerst im Blick auf die Akklamation der Wähler bemüht, ihre Arbeit möglichst günstig darzustellen. Hinzu kommt, daß die von der Regierung ausgegebenen oder zurückgehaltenen Informationen unmittelbar zum Beispiel in der Außen- und Sicherheitspolitik relevant werden können.

Hier gilt die Feststellung, daß „politische Information ihrem Wesen nach unobjektiv ist und sein muß, eben weil sie ein Bestandteil des politischen Wirkens ist“⁵. Helmut Schoeck reduziert diese Feststellung auf den „kategorischen Imperativ für die Regierung: Handle in jedem Augenblick so, daß wenigstens der Schein deiner Handlungen dich die nächste Wahl gewinnen läßt“⁶. Dies führt zu einem „Nachrichten-Management“ durch die Regierung, wie es Schoeck am Beispiel der Kuba-Krise für die Administration Kennedy nachwies und wie es auch die Informationsstrategie der Regierung Schmidt vor der Bundestagswahl 1976 in der Rentenfrage geprägt haben dürfte.

Neben der Unterdrückung von wichtigen Informationen ist das Ins-Vertrauen-Ziehen einzelner Journalisten eine andere Spielart des Nachrichtenmanagements. Der Regierungschef und die einzelnen Ressortminister wie auch Sprecher der Parteien beispielsweise laden Journalisten ihres Vertrauens regelmäßig zu Hintergrundgesprächen ein und geben ihnen dabei nicht selten gezielte Informationen, die von den Journalisten den Intentionen des Informanten entsprechend verwandt werden sollen.

In diesem Zusammenhang müssen die parlamentarischen Institutionen, vor allem die Institutionen der parlamentarischen Anfrage, der Fragestunde, der aktuellen Stunde, der Untersuchungsausschüsse u. a. m. als stabilisierende Faktoren eines permanenten Informationsflusses erwähnt werden. Ob die Massenmedien ihrer Informationsfunktion in einem parlamentarischen System gerecht werden, hängt weniger davon ab, inwieweit einzelne Kommunikatoren Infor-

mationen zurückhalten, als vielmehr von den Möglichkeiten der miteinander konkurrierenden Kommunikatoren, ein tendenzielles Informationsmonopol der Regierungen zu verhindern und ebenso die politisch relevanten Organisationen zur Informationsöffnung zu zwingen.

Sozialisation

Von nahezu ebenso großer Bedeutung wie die Informationsfunktion der Massenkommunikation ist die Sozialisationsfunktion. Unter politischer Sozialisation soll der Prozeß der Internalisierung politischer Normen und der Einübung politischen Verhaltens verstanden werden. Politische Sozialisation in der Demokratie ist ein dialektischer Prozeß. Durch ihn sollen Konsens und Kontroverse gleichzeitig gefördert werden. Politische Sozialisation ist die Internalisierung politischer Normen und Werte, deren Inhalte – basierend auf einem Katalog von Grundrechten – überwiegend Mechanismen und Regelungen sind, mit deren Hilfe Konflikte ausgetragen werden. Die politische Sozialisation in der Demokratie besteht normativ also einerseits aus der Erziehung zum Konsensus über die Grundrechtsinstitute und Verfassungsregelungen und andererseits aus der Erziehung zur Bereitschaft, Konflikte zu akzeptieren und sich an ihrer gewaltlosen Lösung zu beteiligen. Die Massenmedien sind für die Sozialisationsfunktion in besonderer Weise geeignet, weil sie die Primär- und Sekundärgruppen mit einem Netz zusätzlicher Kommunikationsmöglichkeiten überziehen und so eine Gemeinsamkeit des Zugangs zu Aussagen der Massenmedien schaffen.

Die Sozialisationsfunktion der Massenmedien in der Demokratie besteht also weniger darin, eine Homogenisierung politischen Verhaltens und politischer Haltung durch Ausklammerung von kontroversen Inhalten zu betreiben. Sie besteht vielmehr darin, durch Informationen und Bewertungen der vom Konsensus getragenen essentiellen Grundüberzeugungen (Grundrechte), instrumentalen Normen („Spielregeln“) und der außerhalb des Konsensus ausgetragenen Kontroversen verhaltensprägend zu wirken. Wie bei den anderen Funktionen der Massenkommunikationsmittel darf auch hier die Wirksamkeit nicht überschätzt werden. Die Massenmedien können ihre Sozialisationsfunktion erfolgreich dann wahrnehmen, wenn dies komplementär zu den parlamentarischen Institutionen geschieht.

In totalitären Systemen entspricht der Sozialisationsfunktion der Medien die *Indoktrination*. Das gleichgeschaltete, einem einheitlichen Willen unterworfenen und ideologisch festverankerte Massenkommunikationssystem dient als Transmissionsriemen zwischen der politischen Führung und den Geführten. Durch Agitation und Propaganda, durch systematische Wiederholung und Auslassung

sollen die politischen Aktivitäten der Menschen zielgerichtet organisiert werden, um sie gebündelt dem Staatszweck, die Zementierung der herrschenden Macht, nutzbar zu machen.

Artikulation von Interessen

Als eine weitere politische Aufgabe der Massenkommunikation kann die Vertretung der unterschiedlichen Interessen verstanden werden. Auch die Artikulationsfunktion der Medien in der Demokratie hat wie die Sozialisationsfunktion ihre Entsprechung in Funktionen des Parlaments. Walter Bahegot bezeichnet als zweite Aufgabe des Parlaments die expressive Funktion⁷. Damit ist nicht gemeint, daß Parlament wie Massenkommunikationsmittel final Instrumente zur Formulierung einer „öffentlichen Meinung“ oder gar eines „Volkswillens“ sind. Vielmehr zielt die Artikulationsfunktion auf den Prozeß der Auseinandersetzung von Interessen und Meinungen ab, für den Parlament und Massenmedien einen institutionellen Rahmen schaffen. Die Massenkommunikation bietet den verschiedenen politisch relevanten Gruppierungen und organisierten Interessen die technischen Möglichkeiten, ihre politischen Meinungen und Forderungen öffentlich vor dem Publikum zu artikulieren. Aus der Sicht des Rezipienten ist diese Artikulationsfunktion der Massenkommunikation weitgehend identisch mit ihrer Informationsfunktion. Aus der Sicht der im politischen Raum wirkenden Gruppierungen besteht jedoch ein prinzipieller Unterschied. Die Informationsfunktion der Massenkommunikationsmittel erlaubt ihnen, sich über Meinungen und Willensbildung anderer Gruppierungen zu unterrichten. Die Artikulationsfunktion ermöglicht ihnen, die eigene Willensbildung vor dem Publikum auszubreiten. Klassische Formen dieser Artikulationsfunktion sind Interview, Statement und Diskussion, sowie die Partei- und Verbandspresse insgesamt.

Ebenso wie die Informationsfunktion ist auch die Artikulationsfunktion nicht auf ein einziges Massenkommunikationsmittel zugeschnitten, sondern muß sich auf die Gesamtheit der Massenkommunikationsmittel beziehen. Denn auch in den Kommunikatorzentralen vollzieht sich eine politische Willensbildung in der Gruppe. Die oft ungeschriebenen Normen für die Selektion der Informationen und Artikulationen kann der einzelne Kommunikator nicht ohne Gefährdung seiner Position im Kommunikatorteam ignorieren. Die Massenkommunikationsmittel können also nur dann ihrer Artikulationsfunktion entsprechen, wenn ein Pluralismus in den Kommunikationszentren den Pluralismus der Gesellschaft widerspiegelt. Chancengleichheit bei massenkommunikativen Artikulationsmöglichkeiten verlangt nicht nur einen Pluralismus der Kommunikatorzentren, sondern auch einen Pluralismus der politischen Haltungen bei

den Kommunikatoren in den Kommunikatorzentren, zumindest aber die Bereitschaft der Kommunikatoren, Informationen über Artikulation von Interessen, denen sie skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen, in die Kanäle der Massenkommunikation gelangen zu lassen.

Der Artikulationsfunktion der Medien in Demokratien entspricht ihre *Homogenisierungsfunktion* in totalitären Systemen. Auch dort gibt es noch nicht eingeebnete Interessen, Konflikte, abweichende Meinungen. Sie erhalten jedoch keine Chance zur öffentlichen Selbstdarstellung. Dort haben die Massenmedien die Aufgabe, durch die Entfaltung massiver Publizität für die herrschende Ideologie und die machtausübende Personengruppe abweichende Meinungen zu entmutigen, zu ersticken und zur Anpassung zu bringen. Wenn bei „Wahlen“ 99,8 Prozent der Wähler den Herrschenden ihre erneute Unterstützung geben, wenn die Aussagen der Massenmedien hundertprozentig übereinstimmen und eine monolithische Geschlossenheit der Gesellschaft vorspiegeln, dann gehört zur Äußerung einer abweichenden Meinung mehr als eine normale Dosis an Mut. Dennoch muß bezweifelt werden, daß die Massenmedien totalitärer Systeme ihre Homogenisierungsaufgabe mit Erfolg meistern. Entwicklungen wie der Prager Frühling konnten trotz gleichgeschalteter Staatsmedien nicht von vornherein unterbunden werden. Diese Entwicklungen hatten längst begonnen in den Netzen unmittelbarer Kommunikation in Betrieben, Hochschulen und Parteizellen, bevor die Medien sie zunächst konterkarierten und später unterstützten, bevor sie sie schließlich zwangsweise bekämpften.

Kritik und Kontrolle

Fünfte, aber keineswegs unwichtigste Aufgabe der Massenkommunikation in Demokratien ist die Kritik- und Kontrollfunktion. Von der Kritik- und Kontrollfunktion der Opposition, die die Arbeit von Regierung und Verwaltung mit Hilfe eines institutionalisierten Instrumentariums einschließlich Sanktionsmöglichkeiten zu kontrollieren vermag, unterscheidet sich die Kontrollfunktion der Massenkommunikation insofern, weil einerseits die Gegenstände ihrer Kontrolle nicht eingeschränkt sind. Regierung, Opposition und Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung stehen als Themen der Kritik zur Verfügung wie alle Bereiche und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens – darunter auch die Massenmedien selbst. Kritik und Kontrolle der Medien können andererseits nicht unmittelbar in Sanktionen übersetzt werden. Inhalte der Kritik sind Sach-, Personen- und Verfahrensfragen.

Die Sachkritik der Medien konfrontiert die Sachentscheidungen der politischen Instanzen mit Alternativen. Ähnlich wie die parlamentarische Opposition sind die Massenkommunikationsmittel bei der Sachkritik der Regierung gegen-

über benachteiligt, weil sie in der Regel über ein geringeres Maß an entscheidungsrelevanten Informationen verfügen. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die Präsentation von Alternativen zu Sachentscheidungen der Regierungen und Parlamente bei der Kritik- und Kontrollfunktion eine untergeordnete Rolle spielt. Dies könnte dann angenommen werden, wenn die Differenzierung dieser Funktion in Sach-, Personal- und Verfahrenskritik nicht in hohem Maß künstlich wäre. In der politischen Praxis lassen sich Sach- und Stilkritik nicht voneinander trennen. Dies wird vor allem an jenen Beispielen deutlich, anhand deren in der Bundesrepublik die Kritik und Kontrollfunktion der Massenmedien gewöhnlich dargestellt wird: Bei der Spiegel-Affäre und verschiedenen Telefon-Abhör-Affären. In allen Fällen vermischte sich die Sachkritik mit Stilkritik und Personenkritik.

Diese Fälle sind auch Beispiele dafür, daß die Massenkommunikationsmittel in der Lage sind, die Kritik und Kontrollfunktion des Parlaments zu ergänzen und notfalls zu ersetzen. Denn erst die Kritik der Zeitungen, die dann von den übrigen Massenmedien aufgegriffen wurde, löste Initiativen im Parlament aus. Aber gerade, weil in der Spiegel-Affäre und in den Telefon-Abhör-Affären die parlamentarischen Kontrollmechanismen durch die Medien erst ausgelöst werden mußten, können diese Beispiele für die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenkommunikationsmittel nicht als charakteristisch bezeichnet werden. Sie sind insofern extreme Beispiele, weil die Massenkommunikationsmittel ihre Kontrollfunktion „nicht mehr in erster Linie kraft eigenen ‚Rechts‘ als Institution einer bestimmten Gesellschaft (ausüben), sondern sie leihen ihre Medien den Inter- und Intraorgankontrollbedürfnissen der am staatlichen und öffentlichen Prozeß Beteiligten“⁸. Denn Voraussetzungen für Kritik und Kontrolle werden immer mehr Fachkenntnisse und „Inside-Knowledge“, die bei den rivalisierenden politischen Gruppierungen in der Regel eher vorhanden sind als bei dem journalistischen „Outsider“. Wird er zum „Insider“, so verliert er häufig die notwendige kritische Distanz, um Kritik- und Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

Die Massenkommunikationsmittel sind also primär das Medium der gesellschaftlichen „Rundum-Kontrolle“⁹, die aber nur dann wirksam wahrgenommen werden kann, wenn die rivalisierenden Gruppen weitgehend die gleichen Chancen beim Zugang zu den Massenkommunikationsmitteln haben. Allerdings beschränkt sich die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenkommunikationsmittel nicht nur auf die Bereitstellung eines Mediums für Intra- und Interorgankontrollbedürfnisse. Vor allem in den gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen, die sich einer parlamentarischen Kontrolle entziehen, nehmen die Massenmedien Kritik- und Kontrollfunktionen aus eigenem Impuls wahr. Voraussetzung für die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenmedien ist also „Neutralität“, nicht im Sinn von Meinungslosigkeit oder gar Sterilität, sondern im

Sinn prinzipieller Offenheit im Zugang der rivalisierenden Gruppen zu den Einrichtungen der Massenkommunikation. Aber auch diese Neutralität kann sich nicht auf das einzelne Medium und sein Aussagenangebot beziehen, sondern auf die Gesamtheit aller Massenmedien.

Die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenkommunikation entfällt in totalitären Systemen. Das von der Ideologie geprägte Selbstverständnis des Regimes und seiner staatlichen Medienorganisation bietet keinen Raum für aktuelle Kritik am eigenen System und seiner Politik. Deshalb ist Kritik nur an systemdysfunktionalen Erscheinungen erlaubt. Und dann hat diese Kritik einen konstruktiven Charakter zu haben. Sie muß vermeidbare Negativerscheinungen im Geist der Ideologie ausleuchten und Verbesserungsvorschläge mitliefern. Gelegentlich fühlen sich die Dirigenten der totalitären Medien auch genötigt, wichtigere Fragen z. B. in Leserbriefspalten behandeln zu lassen, um auf diese Weise dem entstehenden Unwillen der Bevölkerung, z. B. über die Versorgungslage, ein Ventil zu öffnen. Dennoch können diese beiläufigen Erscheinungen totalitärer Massenkommunikation nicht verschleiern, daß Kritik und Kontrolle weder durch Medien noch durch andere Institutionen im totalitären System stattfinden.

Politische Funktionen der Massenkommunikation

	pluralistisches System	totalitäres System
Bildung	Verbreitung von Wissen und Kenntnissen	Repetition der ideologischen Grundlagen
Information	tendenzielle Vollständigkeit nach Kategorien wie Objektivität, Betroffenheit und Neuigkeit	Filterung durch Informationsmonopol
Sozialisation	Einübung der Tolerierung inhaltlicher Pluralität	Normierung der Formen und Inhalte des politischen Verhaltens
Artikulation	Vertretung unterschiedlicher Interessenlagen	Artikulationsmonopol der Herrschenden
Kritik und Kontrolle	Sach-, Personal- und Stilkritik, auch intermediär	Nur gelenkte „Kritik“ (Selbstkritik)
Generalfunktion: Herstellung von Öffentlichkeit	Transparenz der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse	Artifizielle Konstruktion einer herrschaftslegitimierenden Gemeinsamkeit

Bei der mediengeneralisierenden Darstellung dieser fünf politischen Funktionen wurde zu zeigen versucht, welche Bedeutung die Massenkommunikation im politischen Prozeß sowohl parlamentarischer Demokratien wie totalitärer Systeme spielt. Für beide Systeme gilt: Funktionen und Organisationen spiegeln die politischen und gesellschaftlichen Konstruktionsprinzipien des Systems wider. In der Demokratie verlangt der politische und gesellschaftliche Pluralismus die politische Pluralität von Kommunikatoren und Aussagen, in totalitären Systemen wird die formal erfolgreiche Gleichschaltung der Medien für eine der unabdingbaren Voraussetzungen für Erfolg und Überleben des Systems gehalten.

Aber auch die auf den ersten Blick unpolitischen Funktionen und Leistungen der Massenkommunikation wie Ablenkung und Unterhaltung, Hilfestellung bei der Lösung von Alltagsproblemen, Befriedigung eines elementaren Kommunikationsbedürfnisses haben eine politische Dimension, die nicht unterschätzt werden darf. Der Versuch totalitärer Systeme, die Massenmedien primär und oft ausschließlich als Instrumente der politischen Erziehung zu begreifen und sie entsprechend einzusetzen, sollte keineswegs nur als ein Symptom für Unsicherheit und mangelndes Vertrauen in die Überzeugungskraft der jeweiligen Ideologie mißverstanden werden. Dieses Verständnis der Massenmedien gehört zum Wesen des Totalitarismus, der den ganzen Menschen in der Gesamtheit seiner Lebensbereiche umfassen und der Kontrolle der herrschenden Ideologie unterwerfen will. Insofern gibt Umfang und Stellenwert der nichtpolitischen Inhalte der Massenkommunikation einen sicheren Hinweis auf Pluralität und individuelle Freiheit in einer Gesellschaft.

ANMERKUNGEN

¹ H. Sturm, *Masse – Bildung – Kommunikation* (Stuttgart 1968) 104.

² F. Ronneberger, *Die politischen Funktionen der Massenkommunikation*, in: *Publizistik* 4 (1964) 291 ff.

³ R. Wildemann, W. Kaltefleiter, *Funktionen der Massenmedien* (Frankfurt 1965) 16 ff.

⁴ K. E. Rosengren, *News Diffusion*, in: *Journalism Quarterly* 50 (1973) 83 ff., bes. 90.

⁵ C. Ahlers, *Die Bedeutung der allgemeinen und aktuellen politischen Information für die Regierungspolitik* (Itzehoe 1968) 13.

⁶ H. Schoeck, *Die vorenthaltene Wahrheit*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. 9. 1963.

⁷ W. Bagehot, *The English Constitution* (London 1961) 117.

⁸ Ronneberger, a. a. O. 297.

⁹ Ebd.